

1 Schau'n wir mal, was wird: Riskieren, dass es funktioniert

2 Wir wollen eine neue Kultur der Verantwortung und Führung auf allen
3 Ebenen, in der Führungskräfte verantwortungsbewusst, aber pragmatisch
4 entscheiden, statt sich hinter Paragraphen zu verstecken. Dazu stärken wir die
5 kommunale Selbstverwaltung und legen Kompetenzen zusammen.
6 Zusätzliche Kontroll- und Aufsichtsstellen reduzieren wir auf ein
7 Mindestmaß. Die besten Entscheidungen werden dort getroffen, wo sie
8 direkte Auswirkungen haben und das ist vor Ort. Wir wollen eine Verwaltung,
9 die Fehler als Chance zur Verbesserung sieht und Innovation ermöglicht,
10 statt sie zu verhindern. Und einen Staat, der Bürgerinnen, Bürgern und
11 Unternehmen nicht im Weg steht, sondern ihnen die Freiheit zur
12 Selbstentfaltung gibt.

13 Ein erfolgreiches und zukunftsfähiges Baden-Württemberg braucht eine
14 öffentliche Hand, die funktioniert und schnell, mutig und pragmatisch
15 Entscheidungen trifft. Durch die Pensionierungswelle verlieren wir in den
16 nächsten zehn Jahren etwa jede fünfte Person im öffentlichen Dienst. Das
17 sind erfahrene und gut qualifizierte Fachkräfte, die künftig fehlen. Diese
18 Tatsache sehen wir als Chance für einen Strukturwandel in der Verwaltung.
19 Wir müssen althergebrachte Strukturen überdenken und konsequent die
20 Potentiale der Digitalisierung nutzen. Digitalisierung ist kein Software-
21 Update, sondern eine Führungsaufgabe. Dafür schaffen wir ein
22 eigenständiges Ministerium für Digitalisierung und Bürokratieabbau mit
23 klarer Zuständigkeit, starkem Vetorecht und echtem Gestaltungswillen.

24 Wir wollen die digitale, bürgernahe Verwaltung zum Staatsziel machen.
25 Unser Leitbild ist der schlanke Staat, der es einfach macht und die Bürgerin
26 oder den Bürger von sich aus auf ihr oder ihm zustehende Leistungen
27 hinweist.

28

29 Wir werden:

- 30 - Ein Ministerium für Digitalisierung und Bürokratieabbau einführen,
31 das starke Kompetenzen und Vetorechte hat und die Aufgaben der
32 Digitalisierung der Landesverwaltung, der Kommunalverwaltungen
33 sowie der Reform der Verwaltungsstruktur bündelt.
- 34 - Die Verwaltungsstruktur des Landes grundlegend modernisieren
35 und bis 2035 jede fünfte Stelle durch digitale Prozesse und
36 intelligente Automatisierung entbehrlich machen. Wir wollen
37 personelle Ressourcen gezielt einsetzen, wo menschliche
38 Kompetenz unverzichtbar bleibt.
- 39 - Eine „Stabsstelle Zukunft BW“ in der Landesregierung einrichten, die
40 neben der digitalen Transformation die strukturellen
41 Reformprozesse koordiniert.
- 42 - Sämtliche Kontroll- und Aufsichtsstellen hinsichtlich ihrer
43 Notwendigkeit überprüfen und ggf. abschaffen.
- 44 - Die Entscheidungskompetenzen der Kommunen und Landkreise
45 stärken, indem wir konsequent zusätzliche Entscheidungs- und
46 Überprüfungsinstanzen im Landkreis oder Regierungspräsidium
47 abbauen.
- 48 - Die Aufgabenverteilung zwischen den Landesverwaltungen, ihren
49 Ober-, Mittel- und Unterbehörden sowie den Kommunen
50 grundlegend anpassen und ggf. sinnvoll zusammenlegen, mit dem
51 Ziel Kompetenz zu bündeln und die Potentiale der Digitalisierung voll
52 zu entfalten.
- 53 - Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern und Landkreisen mit
54 weniger als 150.000 Einwohnern gezielt Anreize für freiwillige
55 Zusammenschlüsse mit Nachbarkommunen oder -kreisen bieten um
56 Ressourcen zu bündeln, Doppelstrukturen abzubauen und die
57 kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

58 - Die angekündigte Staatsreform des Bundes konstruktiv begleiten,
59 mit dem Ziel die Bundesrepublik und unser Land schneller,
60 effizienter und bürokratieärmer und moderner zu machen. Dabei
61 wollen wir weiterhin hohe Verantwortung für das Land und seine
62 Kommunen hinwirken, um die Stärken des Föderalismus zu nutzen
63 und die Schwächen zu beseitigen.
64

65 **Verwaltung wie zu Kaisers Zeiten?**

66 Einfach mal das Auto anmelden, den Personalausweis verlängern oder den
67 Elterngeldantrag stellen? Es könnte so einfach sein, wenn man sieht, wie
68 schnell es bei Banken oder Online-Händlern klappt. Zahlreiche
69 Papierformulare in den Amtsstuben sind Ausdruck eines Staates, der zu
70 lange im Gestern verharret hat. Wir Freie Demokraten wollen das ändern und
71 eine papierlose Verwaltung schaffen, die Bürgerinnen und Bürgern sowie
72 Unternehmen Zeit, Nerven und Kosten spart. Ausdrucken, Unterschreiben
73 und Einscannen? Die Zukunft ist digital.

74 Das heißt für uns bis 2031 kein Antrag mehr auf Papier, keine Formulare
75 mehr per Post. Stattdessen ermöglichen wir medienbruchfreie digitale
76 Verfahren, die mit wenigen Klicks erledigt sind und zwar jederzeit, sicher und
77 benutzerfreundlich. Kommunikation mit der Verwaltung soll über Video-
78 Calls genauso leicht sein wie anderswo. Ein Rechtsanspruch auf digitale
79 Bearbeitung macht aus dem guten Willen endlich einen Standard.
80 Papierverfahren schaffen wir ab, sobald ein digitales Verfahren verfügbar ist.

81 Mit dem 80-80-Ziel setzen wir den Standard mit nur 80 Prozent des Personals
82 in 80 Prozent der Zeit die gleichen Aufgaben zu erledigen und verhindern
83 dadurch einen Verwaltungskollaps. Angesichts des Fachkräftemangels
84 können wir es uns nicht leisten, Ressourcen in analoge Prozesse zu
85 verschwenden. Mit modernen Plattformen, klaren Standards zwischen Land
86 und Kommunen und dem konsequenten Einsatz von Automatisierung und KI
87 bringen wir den Staat aus Kaisers Zeiten ins digitale Zeitalter.

88 **Wir werden:**

89 - den zu erwartenden Wegfall von mindestens jeder fünften
90 Personalstelle in der öffentlichen Verwaltung durch eine

91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119

vollständige Digitalisierung der Antragsprozesse und einen hohen Automatisierungsgrad ermöglichen und durchsetzen.

- Ein „80-80-Ziel“ als Maßgabe einer Überarbeitung aller Verwaltungsprozesse einführen: Mit maximal 80 Prozent des Personals sollen in mindestens 80 Prozent der Zeit die gleichen Aufgaben erledigt werden können.
- Eine Digitalisierungs-Task-Force der Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden einrichten, mit dem Ziel, die Hemmnisse der schnellen Umsetzung der Digitalisierung von Land und Kommunen zu finden und zu beseitigen.
- Fax-Geräte in allen Behörden und Ämtern des Landes verbannen und wo nötig die Rechtsgrundlage für elektronische Kommunikation als Ersatz schaffen.
- die digitale Antragstellung, -bearbeitung und -beantwortung zum Standardfall der Kommunikation zwischen Staat und Bürgern sowie Unternehmen machen sowie als Rechtsanspruch einführen.
- Video-Kommunikation zwischen Behörden und Bürgern sowie Unternehmen in allen Behörden als Angebot einführen.
- Die Kommunen aktiv bei der Digitalisierung unterstützen, indem das Land gemeinsam mit den Kommunen Standards und Prozesse entwickelt, diese für allgemeinverbindlich erklärt und zur Nutzung anbietet.
- Papiergebundene Antragsverfahren mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren ersatzlos abschaffen, sobald ein digitales Verfahren vorhanden ist und den Kommunen die Möglichkeit geben, dies ebenso zu tun.
- einen Digital-Mut-Bonus einführen, der die Gebühren für die Nutzung von Online-Antragsverfahren gegenüber dem Papierverfahren belohnt.

120 **Zwei Mal Fragen ist ein Mal zu viel: Mehrfachdatenabfragen verbieten** 147
121 148
122 Wir Freie Demokraten sagen: Zwei Mal Fragen ist ein Mal zu viel! Wer dem 149
123 Staat einmal seine Daten gibt, darf erwarten, dass er sie nicht immer 150
124 wieder neu einreichen muss. Wir wollen ein Verbot von 151
125 Mehrfachdatenabfragen einführen und damit das Once-Only-Prinzip 152
126 durchsetzen und eine Grundlage für erfolgreichen Bürokratieabbau 153
127 schaffen. 154
128 155
129 Weiter gedacht erlaubt ein Verbot von Mehrfachdatenabfragen einen Staat 156
130 als Dienstleister, der aufgrund der Informationen, die ihm vorliegen, voll 157
131 automatisiert ermittelt, welche Leistungen einem zustehen können und in 158
132 welcher Höhe diese ausfallen. Für die Bürgerin und den Bürger bedeutet 159
133 das, dass sie nicht mehr die Drehstuhlschnittstelle zwischen verschiedenen 160
134 Behörden sind. Die Steuererklärung auf dem Bierdeckel wird damit zur 161
135 Steuererklärung per SMS. 162

136 Das heißt weniger Aufwand und mehr Freiheit im Alltag. Für Unternehmen
137 ist es ein Befreiungsschlag von unnötiger Bürokratie durch Angabepflichten
138 der immer wieder selben Informationen. Für den Staat bedeutet das
139 schnellere Entscheidungen und bessere Automatisierbarkeit. Wir wollen
140 dabei, dass jede und jeder selbst bestimmen kann, wer Zugriff auf
141 persönliche Daten erhält und über Zugriffe durch Behörden informiert wird.
142 Das stärkt neben der Zeitersparnis die Transparenz und die Hoheit über die
143 eigenen Daten.

144 **Wir werden:**

145 - Bis 2031 die Mehrfacherhebung von Daten, die dem Staat bereits
146 vorliegen, verbieten.

- alle durch das Land ausgestellte Zeugnisse, Zertifikate und ähnliches digital verfügbar und jederzeit abrufbar machen.
- Das Once-Only Prinzip auf allen Ebenen der Verwaltung konsequent umsetzen.
- Die Grundlagen für eine gemeinsame Datenhaltung von Land und Kommunen schaffen.
- Die elektronische Identifizierung (eID) zur Grundlage für den Datenaustausch zwischen Behörden machen.
- Für mehr automatisierte Bescheidzustellungen sorgen.
- Möglichkeiten zur Autorisierung des Zugriffs auf personenbezogene Daten durch die Bürgerinnen und Bürger einbauen.
- Unternehmen, wie Banken und Versicherungen, die Möglichkeit einräumen, auf im berechtigten Interesse liegende Daten zuzugreifen, sofern der Betroffene dem zustimmt.

163	Strg+Alt+Entf: Beenden, was nicht mehr nötig ist	188	
164	Wir Freie Demokraten drücken mit unserem Programm den Reset-Knopf.	189	
165	Wir wollen eine Verwaltung, die den Menschen und Unternehmen dient und	190	
166	nicht umgekehrt. Baden-Württemberg braucht einen Neustart statt dem	191	
167	Stillstand im Papierstau. Zu viele Vorschriften, zu viel Verwaltungsballast und	192	
168	zu viele digitale Scheinlösungen lähmen unser Land.	193	
169	Bürokratieabbau bedeutet für Bürgerinnen und Bürger mehr Freiheit zur	194	
170	eigenen Zeitgestaltung, weniger Frust bei Anträgen, mehr Zeit für Familie,	195	
171	Engagement und Eigenverantwortung. Für unsere Unternehmen bedeutet	196	
172	es mehr Freiheit zum Investieren, Entwickeln und Wachsen. Und für den	197	
173	Staat selbst heißt das effizientere Abläufe, schnellere Entscheidungen mit	198	
174	weniger Personal und digitaler Service.	199	
175	Mit Mut und Konsequenz schaffen wir die Grundlage für eine agile	200	
176	Verwaltung im 21. Jahrhundert. Vom Bürokratieabbaugesetz über die	201	
177	Abschaffung doppelter Strukturen bis hin zur Legalplanung für große	202	
178	Vorhaben machen wir Schluss mit Zettelwirtschaft und lähmendem	203	
179	Zuständigkeitswirrwarr. Stattdessen setzen wir auf digitale Verfahren,	204	
180	zentrale Ansprechpartner und eine Verwaltung, die mitdenkt.	205	
181	Unsere Botschaft ist klar: Wer Fortschritt will, muss Ballast abwerfen. Die	206	
182	FDP Baden-Württemberg steht für ein modernes Land, das Leistung belohnt,	207	
183	Talente entfesselt und Innovationen möglich macht durch eine Verwaltung,	208	
184	die wieder zum Motor wird, nicht zur Bremse.	209	
185	Wir werden:	210	
186	- Den Normenkontrollrat stärken und seine Vorschläge in einem	211	
187	jährlichen Bürokratieabbaugesetz umsetzen.	212	
		213	- Die noch offenen Vorschläge des Normenkontrollrates und der
		214	Entlastungsallianz prüfen und umsetzen, denn wir haben kein
		215	Erkenntnis-, sondern ein Vollzugsdefizit.
		216	- Große und für die Landesentwicklung zentrale Vorhaben durch
			Legalplanung beschleunigen.
			- Ausschreibungsschwellen auf die europa- und bundesrechtlich
			maximalen Werte setzen sowie auf eine laufende
			Inflationsanpassung der Schwellwerte drängen.
			- Auf allen staatlichen Ebenen verwaltungsinterne Zuständigkeiten,
			Hierarchien und Entscheidungsabläufe effizienter gestalten.
			- Das Federführungsprinzip bei Landkreis- oder
			regierungspräsidiumsübergreifenden Projekten einführen um
			überregionale Projekte zu vereinfachen.
			- Förderprogramme durchgängig von bürokratischen
			Datenerhebungen und Nachweispflichten entschlacken, vollständig
			digitalisieren und wo möglich automatisieren.
			- In der öffentlichen Beschaffung für weniger Dokumentations- und
			Nachweispflichten sorgen.
			- Hoheitliche Aufgaben, wo es möglich ist, an Beliehene übertragen.
			Z.B. werden wir eine Beleihung der KFZ-Versicherer mit der Aufgabe
			der KFZ-Zulassung prüfen, um Bürokratie zu reduzieren und die
			Landratsämter zu entlasten.
			- Alle Gesetze, die EU-Normen folgen, auf Übererfüllung (sog. "Gold
			Plating") überprüfen und umgehend eine erkannte Übererfüllung
			auf den geforderten Stand zurückführen.
			- Verantwortung für die Normung in den Normungsgremien
			übernehmen und dadurch den Einfluss von Einzelinteressen auf die
			Normung eindämmen.
			- Abstrakte Verweise auf Normen in Gesetzen konsequent streichen.

217 **Gut ausgestattet, statt ausgeliefert: Trump aussperren**

218 Wer frei leben will, muss auch digital frei und unabhängig handeln
219 können. Es geht dabei um nicht weniger als die persönlichen Interessen
220 unserer Bürgerinnen und Bürger, die wir vor fremden Zugriffen und
221 Einflussnahmen schützen wollen. In einer Welt voller digitaler
222 Abhängigkeiten ist uns Freien Demokraten Souveränität und Vertrauen in
223 unsere digitalen Angebote ein Kernanliegen.

224 Unser Ziel ist es Baden-Württemberg unabhängiger von
225 außereuropäischen Tech-Konzernen machen. Wir wollen unsere Daten
226 vor Fremdzugriffen schützen, unsere Verwaltung zuverlässig
227 leistungsfähig halten und damit unseren Innovationsstandort sichern.
228 Dazu setzen wir auf Open Source und heimische Tech-Unternehmen als
229 strategisches Element.

230 Wir wollen gemeinschaftlich für die öffentliche Hand nutzbare Software
231 entwickeln (lassen) und fördern, Standards öffnen und den Staat zum
232 digitalen Vorreiter statt zum Nachzügler machen. So schaffen wir
233 Freiräume für digitale Eigenverantwortung und technologische
234 Spitzenleistung „Made in Baden-Württemberg“. Wir suchen die
235 Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Bund und der EU mit dem Ziel,
236 uns unabhängig von ausländischen Einflüssen zu machen.

237 Staatliche Überwachungen oder Unternehmen aufgetragene
238 Überwachungen von Chatverläufen und Ähnlichem lehnen wir als
239 unzulässige Eingriffe in die Bürgerrechte ab. Wir wollen Freiheit in der
240 Kommunikation vor der Komplettüberwachung „im Namen der
241 Sicherheit“.

242 Wir wollen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ein digitales

243 Ökosystem, das auf Freiheit, Vertrauen und europäischer Stärke beruht.

244 Wir werden:

- 245 - die Landesverwaltung einem Souveränitätscheck unterziehen,
246 mit dem Ziel, Schwachstellen aufzudecken, bei denen einseitige
247 Abhängigkeiten von ausländischen Anbietern von Software
248 bestehen.
- 249 - Die Abhängigkeit von einzelnen außereuropäischen Anbietern
250 proprietärer Software reduzieren, indem die IT-Systeme der
251 öffentlichen Hand stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen
252 oder Lösungen heimischer Hersteller bauen.
- 253 - Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene anstreben, um die Kosten
254 von Open-Source-Projekten für alle beteiligten Partner zu
255 reduzieren und die Lösungen sicherer zu gestalten.
- 256 - Mit einer Weiterentwicklung der Multi-Cloud-Strategien den
257 schnellen Austausch von Anwendungen ermöglichen.
- 258 - Cloud-Dienste ausschließlich von in Deutschland oder der EU
259 ansässigen Anbietern beziehen.
- 260 - Den Kommunen die Mitnutzung von souveräner Software des
261 Landes anbieten.
- 262 - Kooperationen mit anderen Bundesländern, dem Bund und EU-
263 Staaten bei der Erstellung und dem Betrieb von souveräner
264 Software suchen.
- 265

266	Trial and Erfolg: KI als Staatsbeschleuniger	293	
267		294	
268	Baden-Württemberg kann nicht nur Industrieland, sondern auch digitales	295	
269	Innovationsland Nummer eins zu sein. Wir haben in der Künstlichen	296	
270	Intelligenz (KI) führende Forscher und Unternehmen, deren	297	
271	Innovationskraft wir für unser Land nutzen wollen. Deshalb machen wir den	298	
272	Weg frei für mutige Pilotprojekte, praxisnahe Testfelder und eine moderne	299	
273	Förderpolitik vom Klassenzimmer bis zum Rathaus. Die	300	
274	Innovationsgeschwindigkeit von KI ist so hoch, dass wir uns lange staatliche	301	
275	Planungszyklen nicht leisten können. Wir wollen darum KI flexibel	302	
276	ausprobieren und das Land so weiterentwickeln.	303	
277	Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das weniger Warten, mehr	304	
278	Service. Für Unternehmen heißt es weniger Bürokratie, mehr Dynamik. KI	305	
279	ersetzt dabei nicht den Menschen, sondern sie unterstützt ihn. Ob bei der	306	
280	Antragstellung, in der Kommunikation mit Behörden oder in der	307	
281	Bearbeitung von Standardverfahren, KI schafft Freiräume, beschleunigt	308	
282	Entscheidungen und verbessert die Qualität staatlichen Handelns.	309	
283	Mit unserem klaren Bekenntnis zu Forschung, Bildung und	310	
284	Unternehmertum rund um KI wollen wir Baden-Württemberg zum	311	
285	europäischen Leuchtturm für Künstliche Intelligenz machen. KI ist kein Job-	312	
286	Dieb, sondern erlaubt einen stärkeren Fokus auf die wirklich schwierigen	313	
287	Aufgaben. Wir setzen auf Reformwettbewerbe, echte Digitalisierung und	314	
288	Vertrauen in Technik.	315	
289	Unser Ziel ist Baden-Württemberg zum stärksten Standort für KI in Europa	316	
290	zu machen und mit der Landesverwaltung als Leuchtturm voranzugehen.	317	
291		318	
292	Wir werden:	319	
		320	
		321	

- Mutige Pilotprojekte zum Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Verwaltung unterstützen.
- KI-Testfelder schaffen, in denen neue Technologien rechtssicher und praxisnah erprobt werden, z. B. in Bildung, Mobilität, Gesundheit und Verwaltung.
- Ein flexibles KI-Budget im Landeshaushalt einführen, mit dem kurzfristig KI-Lösungen für den Testbetrieb finanziert werden können.
- Erfolgreiche Pilotprojekte zum Einsatz von KI verstetigen und schnell in die breite Umsetzung bringen.
- Ein Förderprogramm für den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung auflegen, um insbesondere den Kommunen bei der Beschleunigung eigener Prozesse zu helfen.
- in eine KI-Exzellenzinitiative an den Hochschulen des Landes investieren.
- Talente früh fördern – mit KI-Bildung ab der Schule, Data-Literacy in der Hochschulbildung und gezielter Zuwanderung von KI-Fachkräften.
- Jährlich mindestens 30 Millionen Euro investieren, um Transformationspiloten in Standardanwendungen zu überführen und in der Breite ausrollen zu können.
- eine vertiefte Kooperation mit dem IPAI anstreben.
- Mit dem Wettbewerb „KI für Reform“ Teams aus Hochschulen, Start-ups und Forschungseinrichtungen dazu aufrufen, mit KI gesetzliche Regelwerke, Verwaltungsprozesse und Zuständigkeitsstrukturen systematisch zu analysieren und strukturelle Redundanzen oder Reformpotenziale automatisiert zu finden.

322 **Die Zukunft spielt sich hier ab: Gamesbranche stärken**

323 Baden-Württemberg hat alles, was es braucht, um Europas führender
324 Standort für Künstliche Intelligenz und Digitalisierung zu werden. Die FDP
325 Baden-Württemberg setzt auf die Gamesbranche als Innovationsmotor und
326 Talentschmiede. Wir betrachten die Gamesbranche als eigenständigen
327 Wirtschaftszweig mit einem stetig wachsenden Markt, der bedient werden
328 kann. Diese kreative und ideenreiche Branche passt sehr gut zum
329 Innovationsstandort Baden-Württemberg. Die kreativen und digitalen
330 Kompetenzen in den Gamestudios sind wichtig für den gesamten
331 Wirtschaftsstandort. Denn wo Gaming auf Wirtschaft und Forschung trifft,
332 entstehen nicht nur neue Technologien und neue Ideen für die
333 Unterhaltungsbranche. Durch diese „Spillover“-Effekte entsteht nebenbei
334 zusätzlicher greifbarer Nutzen für Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft.

335 Ob Lernumgebungen mit Gamification-Ansatz, medizinische Simulationen
336 oder grafische Modelle für den Katastrophenschutz, moderne Games liefern
337 heute schon die Technologie und Ansätze, die wir brauchen, um reale
338 Lösungen mit deutlichem Mehrwert für die Gesellschaft zu entwickeln.
339 Deshalb wollen wir Games nicht als Kulturphänomen und Mittel zum
340 Zeitvertreib behandeln, sondern als das fördern, was sie längst sind: Ein
341 starker, eigenständiger Wirtschaftszweig mit enormem Wachstumspotenzial
342 und Chancen für den Fortschritt unserer Gesellschaft.

343 Mit einer starken Gamesbranche bekommen wir neue wirtschaftliche
344 Perspektiven, Chancen für Bildung, Teilhabe und den Aufbau digitaler
345 Kompetenzen. Für Unternehmen bedeutet das praxisnahe KI-Entwicklung,
346 kreatives Know-how und ein starker Talentpool. Baden-Württemberg wird
347 damit zu einem Land, in dem die digitale Zukunft nicht nur erlebt, sondern
348 gestaltet wird.

349 **Wir werden:**

350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374

- Die Gamesbranche in die Digitalstrategie des Landes aufnehmen.
- Die Gamesbranche vollständig aus der Kulturförderung in die Wirtschaftsförderung holen und stärken.
- Die Förderung der Gamesbranche finanziell besser ausstatten.
- Die Gamesbranche als eigenständigen Wirtschaftszweig anerkennen.
- die Chancen der Technologieentwicklung in der Gamesbranche für andere Branchen sehen und nutzen, indem wir Gamification-Forschung stärken.
- Die Gamesbranche zur Talentschmiede für IT-Expertinnen und -Experten von morgen machen sowie als Innovationstreiber für moderne Technologien verstehen.
- Die Schaffung zusätzlicher Studiengänge und Studienfächer im Bereich Gamesentwicklung an den baden-württembergischen Hochschulen fordern und unterstützen.
- Dafür sorgen, dass wichtige Game-Awards und -Preise, wie den Deutschen Computer Preis, nach Baden-Württemberg geholt werden.
- e-Sports als Sportart anerkennen und in der Sportförderung zu herkömmlichen Sportarten gleichstellen.
- Games-Hubs als wichtige unternehmerische Heimat für Gründerinnen und Gründer entwickeln.
- Den Millionen von Online-Gamern eine leistungsfähige digitale Infrastruktur bieten.

375 **Schluss mit Tempolimit**

376 Schnelles Internet ist Voraussetzung für modernes Arbeiten, für gute
377 Bildung, für medizinische Versorgung und für gleichwertige
378 Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Der Zugang zum Netz ist die Grundlage
379 für die Freiheit in unserer Zeit. Deshalb wollen wir Freie Demokraten
380 Tempolimits bei der Datenübertragung hinter uns lassen und Schluss
381 machen mit Funklöchern, abgehackten Videokonferenzen und Papier. Wir
382 bringen Baden-Württemberg auf die Datenautobahn!

383 Unser Ziel ist Glasfaser bis in jedes Haus, leistungsstarker 5G- und 6G-
384 Mobilfunk überall und ein digitaler Staat, der einfach funktioniert. Wir wollen
385 Homeoffice ohne Frust, digitalen Unterricht ohne Aussetzer, Telemedizin auf
386 dem Land, unbegrenzte Datenverkehre für unsere Unternehmen und ein
387 Amt, das online rund um die Uhr erreichbar ist. Datenübertragung mit
388 Lichtgeschwindigkeit ist die Grundlage für ein zukunftsfähiges Baden-
389 Württemberg.

390 Der Zugang zum Glasfasernetz ist für uns Grundvoraussetzung zur Teilhabe
391 und vollen Entfaltung eigener Freiheiten. Darum ist für uns klar, dass ein
392 Förderprogramm notwendig ist, um den Ausbau dort voranzubringen, wo die
393 Privatwirtschaft nicht tätig wird. Denn wo der Staat clever fördert und den
394 Zugang zu Gigabit ermöglicht, entstehen zukunftsfeste Arbeitsplätze, neue
395 Chancen und mehr Freiheit für jeden Einzelnen. Den eigenwirtschaftlichen
396 Ausbau wollen wir so einfach, schnell und attraktiv wie möglich machen, um
397 den Förderbedarf zu senken.

398 **Wir werden:**

399 - den Ausbau von digitalen Infrastrukturen ins überragende
400 öffentliche Interesse stellen.

401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429

- dem eigenwirtschaftlichen Ausbau von Glasfasernetzen den Vorrang vor geförderten Ausbauten einräumen.
- Die Ko-Finanzierung der Bundesförderung für den Ausbau von Gigabitnetzen fortführen, erweitern und ausreichend ausstatten.
- Eine Lückenschlussförderung für kleinere unterversorgte Gebiete sowohl für ländliche Gebiete als auch Städte einführen.
- ausschließlich echte Glasfasernetze bis ins Gebäude bzw. die Wohnung (FTTB/H) als gigabitfähige Netze anerkennen.
- Uns über den Bundesrat und den Beirat der Bundesnetzagentur (BNetzA) für faire Wettbewerbsbedingungen einsetzen und eine schnelle Abschaltung der veralteten Kupfernetze dort vorantreiben, wo Glasfaseranschlüsse vorhanden sind.
- die Abschaltung der veralteten Kupfernetze in mit Glasfaser versorgten Gebieten unterstützend begleiten.
- Ein Gutscheinmodell (Voucher) für die letzte Meile von Glasfaserhausanschlüssen einführen, um die Vermarktung des eigenwirtschaftlichen Netzausbaus und der Nutzung von Synergien im geförderten Ausbau zu unterstützen.
- den Doppelausbau von Glasfasernetzen durch Anzeigepflichten von Ausbauvorhaben eindämmen.
- den Ausbau des Mobilfunknetzes durch Vereinfachungen von Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- frühzeitig die Weiterentwicklung des 5G-Netzes auf den 6G-Standard unterstützen und Baden-Württemberg zum Mobilfunk-Vorreiter in Deutschland machen.
- den Aufbau von Rechenzentren in Baden-Württemberg gezielt unterstützen und Rechenzentren gezielt als Verbraucher überschüssiger erneuerbarer Energien nutzen.

430 „hallo1234!": Cybersicherheit ist die Grundlage für Freiheit im Netz

431 In einer Welt, in der unser Alltag längst digital ist, darf der Schutz vor
432 Cybergefahren kein blinder Fleck bleiben. Cybersicherheit ist
433 Freiheitsgrundlage. Nur wer darauf vertrauen kann, dass eigene Daten und
434 Aktivitäten sicher vor Zugriffen von Fremden sind, kann sich wirklich frei im
435 Netz und darüber hinaus bewegen. Cybersicherheit ist für uns Teil der
436 öffentlichen Sicherheit und damit Grundvoraussetzung für das Funktionieren
437 unseres Staates und unserer Gesellschaft. Wenn Kommunen lahmgelegt,
438 Unternehmen erpresst oder Daten von Bürgerinnen und Bürgern gestohlen
439 werden, sind nicht nur die Betroffenen in Gefahr, sondern unser aller
440 Freiheit.

441 Wir räumen auf mit dem Flickenteppich in der Cybersicherheit und stärken
442 die digitale Widerstandsfähigkeit unseres Landes. Mit klaren
443 Zuständigkeiten, einer gestärkten Cybersicherheitsagentur, praxisnahen
444 Sicherheitschecks und moderner Technologie wie Post-Quanten-
445 Kryptographie wehren wir uns gegen Spionage, Sabotage und Kriminalität im
446 Cyberraum. Gleichzeitig unterstützen wir Kommunen, Verwaltung und kleine
447 und mittlere Unternehmen dabei, sich gegen Angriffe zu wappnen.

448 Wer digitalen Fortschritt will, muss Sicherheit mitdenken. Darum muss
449 Cybersicherheit eine viel größere Bedeutung bekommen, als es bisher der
450 Fall ist.

451 **Wir werden:**

452 - Digitale Souveränität und Cybersicherheit als Teil der
453 Grundversorgung anerkennen. Cybersicherheit ist öffentliche
454 Sicherheit.

455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483

- Die Cybersicherheitsagentur als zentrale Sicherheitseinrichtung des Landes im digitalen Raum personell stärken und die Zuständigkeiten in der Cybersicherheit klarer strukturieren.
- Eine Aufklärungskampagne „Cybersicherheit“ initiieren.
- Einen Cybersicherheitscheck aller Landes- und kommunalen IT-Strukturen durchführen bzw. diesen unterstützen und die Simulation von IT-Cybernotfällen in den Kommunen durch die Cybersicherheitsagentur ausbauen, um die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu testen und zu verbessern.
- Quantenkryptographie und Post-Quanten-Kryptographie (PQC) in sensiblen Bereichen der Landesverwaltung bis 2031 einführen.
- Für mehr Hochschulförderung im Bereich für PQC-Algorithmen sorgen. [ggf. Hochschulkapitel, ggf. B-teil]
- nationale und internationale Kooperationen im Bereich der Cybersicherheit stärken und ausbauen.
- Das Prinzip des "Ethical Hacking" einführen, also das Aufspüren, Aufdecken und Melden von Sicherheitsmängeln bei Landesverwaltung und Kommunen unterstützen und belohnen, statt dies zu bestrafen.
- Ein dauerhaftes Sicherheits-Bounty-Programm für Landesverwaltung und Kommunen einführen, das Hinweisgebern von Sicherheitslücken eine Prämie verspricht.
- Sicherheitsstandards für die IT des Landes und der Kommunen klar definieren und verbindlich machen.
- Die Cyberwehr als schnelle Ansprechstelle für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die einem Cyberangriff ausgesetzt sind, in die Cybersicherheitsagentur (CSBW) integrieren und landesweit einführen.

484 **Datenschutz ist keine Ausrede fürs Nichtstun**

485 Datenschutz darf keine Fortschrittsbremse sein und Innovation nicht im Weg
486 stehen. Zu lange wurde in unserem Land der Datenschutz als Bremse
487 missverstanden und zu oft als Vorwand genutzt, um digitale Projekte gar
488 nicht erst anzugehen. Wir Freie Demokraten sagen klar: Datenschutz ist
489 wichtige und unabdingbare Grundlage für Freiheit von Datenmissbrauch und
490 Schutz vor Überwachung unserer Bürgerinnen und Bürger durch Staat und
491 Unternehmen. Datenschutz darf kein Fortschrittsverhinderer sein und richtig
492 gemacht, ist er das auch nicht. In allen EU-Ländern gilt die
493 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verbindlich und in vielen davon gibt
494 es trotzdem volldigitale Verwaltungen, Unternehmen und Einrichtungen.
495 Das zeigt: Die DSGVO erlaubt vieles, wenn man mutig ist.

496 Wir begreifen Datenschutz als eine Richtlinie, die einen sorgsam Umgang
497 mit personenbezogenen Daten fordert und vor Missbrauch der Marktmacht
498 von Konzernen schützt und gleichzeitig vernünftige Lösungen für die
499 Datenverarbeitung erlaubt.

500 Mit einem pragmatischen Datenschutzverständnis wollen wir unser Land
501 voranbringen, Datenaustausch zwischen Behörden erleichtern und Vereine,
502 Unternehmen, Angestellte und Bürgerinnen und Bürger von unnötigen
503 Datenschutzbögen und -hinweisen befreien. Gleichzeitig wollen wir mit
504 Open Data das Wissen des Staates frei zur Verfügung stellen, damit Start-Ups
505 und Bürgerinnen und Bürger diese nutzen können, um Ideen zu entwickeln
506 oder mehr Transparenz herzustellen. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz
507 wollen wir so umgestalten, dass es Behörden nicht überfordert, aber den
508 Bürgern Auskunftsrechte gibt.

509 Unser Ziel ist ein digitaler Staat, der den Menschen dient und nicht ihnen im
510 Weg steht.

511 **Wir werden:**

- 512 - dafür sorgen, dass Datenschutz bei Abwägungen von Zielen und
513 Schutzinteressen gleichrangig mit anderen Schutzgütern gestellt
514 wird, statt den Datenschutz überzupriorisieren.
- 515 - dort eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten schaffen,
516 wo sie bisher behindert wird, wie beispielsweise beim
517 Datenaustausch zwischen verschiedenen Kommunen oder
518 Behörden.
- 519 - Datenabrufe von Behörden auf der zentralen E-Government-
520 Plattform dem Bürger transparent machen.
- 521 - bei Gerichtsverfahren den Schutz der Daten von Opfern und Zeugen
522 stärken.
- 523 - Grundlegend die Zuständigkeiten für die Haltung von
524 personenbezogenen Daten überarbeiten, mit dem Ziel mehr
525 Vernetzung und das Once-Only-Prinzip zwischen den Kommunen
526 und den Landesbehörden zu ermöglichen.
- 527 - Den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die
528 Informationsfreiheit (LfDI) weiterhin dabei unterstützen
529 Fortbildungen und Beratungen für Kommunen, Unternehmen und
530 Vereine anzubieten, um pragmatische Lösungen zu ermöglichen.
- 531 - uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die
532 Datenschutzauslegung der Landesbeauftragten und des
533 Bundesbeauftragten vereinheitlicht wird, um gleiche
534 Rechtsauslegung in allen Bundesländern zu erreichen. Einer
535 Abschaffung aller Landesbeauftragten zu Gunsten eines
536 Bundesbeauftragten stehen wir offen gegenüber.
- 537 - uns auf europäischer Ebene für eine pragmatische Novelle der
538 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einsetzen, die insbesondere
539 kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine entlastet.

- 540 - Das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) so novellieren, dass
541 Auskunftsrechte der Bürger besser gewahrt werden, aber
542 Kommunen vor lähmenden Anfragen geschützt werden.
- 543 - Mit einem Open-Data-Gesetz Daten des Staates für alle öffentlich
544 zugänglich, frei nachnutzbar, kostenfrei und maschinenlesbar
545 machen und in einem modernen Standard verfügbar machen
546

547 **Democracy & Chill: Teilhabe vom Sofa aus!**

548 Demokratie muss so funktionieren, wie wir leben, also zunehmend digital.
549 Demokratie lebt vom Mitmachen und das soll endlich so einfach sein wie
550 eine Online-Bestellung oder ein Videocall mit Freunden. Wir Freie
551 Demokraten Baden-Württemberg wollen das Versprechen der digitalen
552 Gesellschaft einlösen. Wir wollen, dass demokratische Teilhabe an
553 Entscheidungen nicht mehr eine angestaubte Papierangelegenheit ist.
554 Teilhabe soll für alle möglich sein, unabhängig von Zeit, Ort und technischer
555 Vorerfahrung. Ob vom Sofa aus, unterwegs oder im Rathaus, wir wollen alle
556 Menschen mitnehmen.

557 Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, in dem Bürgerinnen und Bürger
558 ihre Stimme nicht nur alle fünf Jahre an der Wahlurne abgeben, sondern
559 regelmäßig Einfluss nehmen können. Digitale Petitionen, unkomplizierte
560 Volksanträge oder sichere Online-Wahlen als Ergänzung zur Urnen- und
561 Briefwahl. Wir bringen direkte Demokratie ins digitale Zeitalter und damit ins
562 Wohnzimmer und zwar rechtssicher, barrierefrei und benutzerfreundlich.

563 **Wir werden:**

- 564 - die Digitalisierung nutzen, um demokratische Beteiligung zu stärken
- 565 und die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger zu
- 566 erleichtern – durch einfachere Beteiligungsformate, niedrigere
- 567 Zugangshürden und mehr Transparenz in politischen Abläufen.
- 568 - Die Unterschriftensammlung für Petitionen, Volksanträge und
- 569 Volksbegehren um digitale Zeichnungsmöglichkeiten erweitern.
- 570 - Digitale Wahlmöglichkeiten als Ergänzung zu Urnenwahl und
- 571 Briefwahl als Pilot einführen.
- 572 - Hybride und digitale Gremiensitzungen kommunaler Gremien in
- 573 der Gemeindeordnung und Landkreisordnung eindeutig erlauben.

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

- eine eindeutige Rechtsgrundlage für Livestreams aus kommunalen Gremiensitzungen schaffen.
- dafür sorgen, dass auch Bürgerinnen und Bürger ohne Internetzugang oder mit geringer digitaler Affinität nicht ausgeschlossen werden. Dazu schaffen wir in öffentlichen Einrichtungen Anlaufstellen, die bei der vollständig digitalen Antragstellung persönlich und verlässlich unterstützen.
- Generative KI-Chatbots zur Information und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern einsetzen, um für eine bessere Bürgerbeteiligung zu sorgen.